

Vorwärts

sw

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

25. März 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 6 1/2 bis 6 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 66, ClubstraÙe 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Kein Geld für soziale Aufgaben!

Der Defizit-Etat des Bürgerblocks. — Kein Geld für Kinderspeisungen — aber Hunderte von Millionen für die Reichswehr!

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold ist — seiner Sprunghaftigkeit wegen vielleicht mit Recht — von der Rechten heftig angegriffen worden. Auch die Mittelparteien, die ihn während seiner Amtszeit deckten, haben ihm nach seinem Rücktritt Steine nachgeworfen. Seine Finanzpolitik war auf die Parole eingestellt: „Hart am Rande des Defizits!“ In der allgemeinen Etatsdebatte ist Herr Reinhold nachgesagt worden, daß er alle Fonds geleert und seinem Nachfolger nur leere Kassen hinterlassen hätte, bei denen ihm die Balancierung des Etats für 1927 aufs äußerste erschwert sei. Aus diesen kritischen Nachrufen hätte sich mit logischer Konsequenz nur das eine ergeben können, daß die Ausbalancierung des Etats für 1927 mit größtem Verantwortungsgefühl durchzuführen sei. Der Etatsabschluss, den die Parteien des Bürgerblocks jetzt vorbereiten, ist aber durch Verantwortungsbewußtsein nicht übermäßig beschwert. Große Freigebigkeit der Reichsregierung auf der einen Seite, nämlich soweit es sich um die Ueberweisungen an die Länder und um die Ausgestaltung des Wehretats handelt, und unverantwortliche Beschränkung wichtiger sozialer Aufgaben auf der anderen Seite geben ihm das Gepräge. Der Reichsetat für 1927 wird, wenn er in den ersten Apriltagen durch den Reichstag verabschiedet wird, ein ganz anderes Bild bieten als der Entwurf, den die Regierung vor Weihnachten eingebracht hat.

An Mehrausgaben weist er auf:

1. 200 Millionen garantierte Ueberweisungen aus der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer an die Länder (2,6 statt 2,4 Milliarden).
 2. 48 Millionen Mehraufwendungen an Bayern, Württemberg und Baden aus der Biersteuer.
 3. 60 Millionen Wohnungsgeldzuschuß infolge der Mieten-erhöhung.
 4. 250 Millionen Erstattung der Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge vom 1. April bis 1. Oktober 1927 an die Länder und Gemeinden, weil die Arbeitslosenversicherung nicht fertig ist.
 5. 10 Millionen Reichszuschuß zu den Renten der Invalidenversicherung.
 6. 70 Millionen Reichsbetrag zur Invalidenversicherung für Steigerungsbeträge aus Beitragszeiten vor dem 31. Oktober 1921 und ähnliche Leistungen.
 7. 25 Millionen für Beteiligung des Reiches an der Kleinstrentenfürsorge.
 8. 10 Millionen für einmalige Beihilfen an wirtschaftlich oder kulturell besonders bedrängte Grenzgebiete.
 9. 9 Millionen für Zwecke des Härteausgleichs und der Entschädigungen von Krankeklassen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge.
- Wie gedenkt man nun diese sehr gewaltige Mehrbelastung des Etats, deren soziale Kapitel nach dem Urteil aller Sachverständigen, auch der nichtsozialdemokratischen, äußerst knapp gehalten sind, auszugleichen? Es soll das geschehen durch zum Teil höchst ansehbare, ja unsoliden finanzpolitische Manipulationen und Streichung von Ausgaben für wichtige soziale Zwecke. Hier die Hauptposten, die zum Ausgleich dienen sollen:

1. Erhöhung von Einnahmen.

1. Der Etatsanfaß der Einkommen- und Körperschaftsteuer wird um 220 Millionen (von 2,4 auf 2,62 Milliarden) erhöht.
2. Der Etatsanfaß der Körperschaftsteuer wird um 50 Millionen (von 350 auf 400) erhöht.
3. Am Widerspruch mit der Reichshaushaltsordnung soll der im Rechnungsjahr 1926 zu erwartende Ueberschuß in Höhe von 200 Millionen als Einnahme in das Rechnungsjahr 1927 eingestellt werden.
4. Der Betriebsmittelfonds der Reichshauptkasse in Höhe von etwa 190 Millionen soll zu einem wesentlichen Teil für Ausgleichszwecke verwandt werden.

2. Verminderung von Ausgaben.

1. Der im ordentlichen Etat eingestellte Betrag von 50 Millionen für die produktive Erwerbslosenfürsorge soll vollständig gestrichen und der Aufwand für diesen Zweck aus dem im außerordentlichen Etat stehenden Betrage von 100 Millionen für wirtschaftlich wichtige Unternehmungen gedeckt werden.
2. Ein aus Gründen der Vorsicht vorgesehener Betriebsmittelfonds für die Braunkohlenmonopolverwaltung von 25 Millionen Mark soll gestrichen werden.
3. Die Aufwendungen für Kanalbauwerke werden um 35 Millionen gekürzt.
4. Der für Zwecke der Kinderspeisung vorgesehene Fonds von 5 Millionen Mark soll gestrichen werden.
5. Der zur Behebung der Jungfernot eingestellte Betrag von 2,5 Millionen soll gestrichen werden.

6. Der Beitrag zur Förderung der sozialen Wohlfahrtspflege soll von 2,5 auf 2 Millionen herabgesetzt werden.

7. Ein Beitrag zur Hebung der Wirtschaftlichkeit der industriellen Produktion, der bereits vom Reichstag auf 2 Millionen festgesetzt war, wird um 300 000 M. gekürzt.

8. Eine erste Rate von 1 Million Mark für den Bau des Deutschen Hygienemuseums wird gestrichen.

So geht es weiter durch alle Ministerien hindurch. Gestrichen wird von den Ausgaben für das Schul-, Erziehungs- und Volkshilfswesen. Gestrichen wird an dem Aufwand für Fernspreckgebühren, gestrichen an den Mitteln zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche usw. Selbst der Reichskanzler muß sich die Kürzung der Mittel zur Förderung des Nachrichtenwesens um 200 000 Mark gefallen lassen.

So ist noch kein Etat auf Streichungen durchforscht worden wie der für 1927 und trotzdem bleibt er ein Defizitetat. Denn wenn selbst die zahlenmäßige Ausgleichung gelänge, so bedeutet die Verwendung der letzten Betriebsmittel, des noch nicht feststehenden Ueberschusses von 1926 und der Position für die produktive Erwerbslosenfürsorge zu Balancierungszwecken ein äußerst gewagtes Unternehmen, daß sich rächen wird.

Nur ein Etat ist von Streichungen verschont geblieben: Der Wehretat. Dafür werden aber die Kinderspeisungen aus dem Etat entfernt! Wozu brauchen wir auch arme Kinder zu speisen, wenn wir ausreichend Granaten — und stammen sie selbst aus Sowjetrußland — zur Verfügung haben!

Die Freitagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt, auf deren Tagesordnung der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung

stand, wurde eingeleitet durch eine große Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler, in der dieser sich über die starke Anspannung der Finanzlage verbreitete und in deren Verlauf er unter Anführung der oben mitgeteilten Zahlenreihen — die durch kritische Bemerkungen des Berichterstatters Reiz ergänzt wurden — darlegte, in welcher Weise von der Regierung und den Regierungsparteien die Balance im ordentlichen Haushalt für 1927 herbeigeführt werden solle.

Der Minister erklärte, daß er keine Theaurierungs-politik treiben könne und wolle und daß alle Ueberschüsse nunmehr haushaltsmäßig aufgebracht seien.

Referenzen irgendwelcher Art seien nirgends mehr vorhanden.

Gegenüber allerlei Gerüchten, die immer noch kolportiert werden, lege er gerade auf diese Feststellung größten Wert. Die Lage sei um so angespannter, als große Ausgaben, die bestimmt gemacht werden müssen, im Etat noch gar nicht vorgesehen seien. Hierhin gehöre u. a. die Erhöhung der Bezüge der Beamten und der Kriegsbeschädigten. Auch für die Liquidationsgeschädigten sei noch nichts vorgesehen.

Aus der Mitte des Ausschusses kam nur noch der Berichterstatter Genosse Kell zu Wort, der u. a. die Streichung von 50 Millionen bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge aus sozialen Gründen lebhaft tadelte. Der Minister antwortete zwischenburch, daß aus früheren Bewilligungen noch so große Mittel vorhanden seien, daß diese Streichung das Arbeitsbeschaffungsprogramm in keiner Weise schädigen würde. Genosse Kell schloß seine scharfe Kritik an dem Balancierungsprogramm des Ministers mit der Bemerkung, daß ihm die Finanzpolitik des Ministers

politisch wie finanziell und fassch erscheine.

Er behalte sich eine Kritik der einzelnen Maßnahmen vor bis zum Vorliegen der angekündigten Anträge.

Da diese umfangreichen Anträge nicht so schnell gedruckt werden konnten, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden die Fortführung der Beratung auf Montag vertagt.

Die Sabotage der Mächte.

Noch keine Beilegung des Balkankonflikts. — Der Völkerbund ausgeschaltet.

Paris, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Der jugoslawische Gesandte in Paris ist am Donnerstagabend von neuem von dem Generalsekretär des Quai d'Orsay, Berthelot, empfangen worden. Man erfährt hier, trotzdem noch keinerlei greifbarer Akt aus den diplomatischen Besprechungen der letzten Tage hervorgegangen ist, an zuständigen französischer Stelle, daß die angeknüpften Verhandlungen im Sinne einer friedlichen Lösung des italienisch-jugoslawischen Konflikts auf dem Wege einer internationalen Untersuchungskommission fortschreiten. Dieser Eindruck wird nach Angabe der dem Quai d'Orsay nahestehenden Blätter durch die römischen Meldungen bestätigt, nach welchen die italienische Regierung jetzt keinerlei Einwände mehr gegen die Aufstellung einer internationalen Untersuchungskommission erhebe. Derselben sollen Vertreter sämtlicher Mächte angehören, an welche sich Italien offiziell in der bekannten Demarche gewandt hat, in welcher es die angeblichen jugoslawischen Äußerungen behauptete. Die Belgrader Regierung soll demgegenüber dem „Petit Parisien“ zufolge im Laufe der Besprechungen am Donnerstag mit Berthelot durch ihren Gesandten betont haben, daß sie mit dieser Prozedur einverstanden ist. Die internationale Untersuchungskommission soll durch die Kabinette von Paris, London und Berlin festgesetzt werden.

Die diplomatischen Besprechungen der Kabinette über den jugoslawisch-italienischen Konflikt kommen noch immer zu keinem Ende. Südslawien ist bereit, einer Untersuchungskommission Einlaß zu gewähren und sie das an Albanien angrenzende Gebiet besuchen zu lassen; die Belgrader Regierung hofft zu beweisen, daß die Anschuldigungen Mussolinis wegen südslawischer Mobilmachungen und Intrigen in Albanien sich als grundlos herausstellen. Dagegen wünscht Südslawien, daß die Untersuchung auch auf Albanien selbst ausgedehnt wird, damit die italienischen Machenschaften in Albanien international ans Licht gezogen werden. Dieser Wunsch Belgrads wird von Paris unterstützt. Hingegen sperrt sich Rom, diese Ausdehnung der Untersuchung anzunehmen. Der Faschismus will unter allen Umständen verhindern, daß seine Expansionspolitik in Albanien international zur Debatte gestellt wird. Sind doch Faschistenblätter so weit gegangen, zu erklären, daß ein Krieg Italiens mit Südslawien ein Kolonialkrieg sei, in den der Völkerbund so wenig wie in den Marokkorkrieg hineinzureden habe. Der Faschismus weigert sich, irgendwelche internationale Instanzen als Aufsichtsorgan über das, was er zu seiner Domäne gemacht hat, anzunehmen. Das englische konservative Kabinett sekundiert ihm dabei. Frankreich

möchte, Deutschlands wegen, es mit Italien nicht allzusehr verderben. Daher besteht es nicht darauf, den Rat des Völkerbundes einzuberufen. Da die Großmächte ihm abraten, verzichtet auch Südslawien darauf, den Rat zusammenzurufen.

Es wäre zuviel gesagt, zu behaupten, daß die deutsche Politik in diesem Balkankonflikt sehr zielfar wäre. Ihr ist es deutlich unangenehm, in ihn hineingezogen zu werden. Vorgespiert wurde mit dem Intention der Befriedigung noch erklärt, daß man an Deutschland wegen der Entsendung eines Mitgliedes in die Untersuchungskommission noch nicht herangetreten sei. Gestern ist anscheinend diese Aufforderung erfolgt, der man sich entziehen zu dürfen wohl nicht glaubt. Berlin gefällt sich in der Rolle einer möglichst strikten Neutralität. In der Tat ist das das bequemste, was man tun kann. Man darf dabei am ehesten darauf rechnen, nirgends anzustoßen. Mit der Stellung als Ratomacht, ja sogar als Ratsvornacht, freilich, ist diese schöne Enthaltenspolitik schlechterdings nicht zu vereinbaren. Es gibt im Völkerbunde nicht die bequeme Neutralität mehr: „Jeder Konflikt ist eine Angelegenheit, die alle Bundesmitglieder angeht.“ Diesem Grundsatz wird, so gut wie von den anderen Regierungen, auch von der deutschen entgegengedankelt. Sie sind in diesem Balkankonflikt sämtlich in der Sabotage des Völkerbundes solidarisch.

Die Genfer Abrüstungsdiskussion.

Genf, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Beratung der Abrüstungsvorkonferenz führte zu einem Abschluß der allgemeinen Diskussion und Festlegung des weiteren Verfahrens. Demnach wird das Bureau auf morgen eine versuchsweise Zusammenstellung der verschiedenen Vorschläge zur Frage der Effektivbestände der Rüstungen machen, die in der Plenarsitzung als Diskussionsgrundlage dienen soll. Eine endgültige Entscheidung auch über die einzelnen Fragen soll jedoch erst am Schluß, d. h. wenn die ganze Vorlage auf diese Weise entstanden ist, erfolgen.

Der deutsche Delegierte legte kurz den deutschen Standpunkt dahin dar, daß die deutsche Delegation als eine Scheinlösung auch die bloße Stabilisierung der heutigen Rüstungen betrachten müsse.

Die Besprechungen von Versailles und die feierlichen Erklärungen in den Locarnoverträgen müssen als Ergebnis der Kommissionsarbeit einen erkennbaren Schritt zum klaren Endziel weisen. Die Abrüstung müsse eine allgemeine sein und zur Schaffung eines gerechten Verhältnisses zwischen den Rüstungen aller Länder führen.

Drei Republiken Flugverbunden.

Berlin—Prag—Wien.

Bis nun mußte die Fluglinie Berlin—Wien den rechten Winkel über München schlagen, jetzt endlich verfolgt sie die gerade Linie über Prag; sie verkürzt die Reisedauer von fast 14 auf knapp 5 Stunden. Es sind zunächst nur kleine Volksteile, die von dieser Schnellverbindung Gebrauch machen können, denn das kostet etwa soviel als der Schnellzug 1. Klasse mit Schlafwagenzuschlag. Aber das wird sich mit der Zeit sicher bessern und soll uns fürs Erste nicht die Freude an diesem großen Fortschritt verkümmern.

Drei Republiken sind hier flugverbunden und die mittlere davon ist die republikanischste. Die Zeit des tschechischen Königtums liegt so weit hinten in nebliger Vergangenheit, was an Monarchie folgte, war so volksfremd und oft genug auch so tschechenfeindlich, daß es heute im Tschechen-volk so gut wie gar keine Monarchisten gibt. Dies um so weniger, als die Tschechen längst nicht mehr einen nationalen Adel haben; was da adlige Großgrundbesitzer gewesen sind — denn sie sind größtenteils enteignet — das waren die Nachkommen landsfremder Söldnerführer, die in den Religionskriegen um den Habsburgern Hintersöldner gegen die tschechische Selbständigkeit und Auflehnung geleistet und dafür mit den konfiszierten Gütern der hingerichteten tschechischen Grundherren und Rebellen belohnt worden waren.

Auch in den Minderheitsländern der Tschechenrepublik gibt es keine monarchistische Bewegung. Von Habsburg haben selbst die bürgerlichen Sudetendeutschen mehr als genug und nach Hohenzollern sehnen sie sich schon gar nicht.

Die neue Fluglinie schließt in Wien, der größten sozialdemokratisch verwalteten Stadt der Welt, Deutschland hat, wie die Tschechoslowakei, sofort beim Entstehen den Adel abgeschafft, die Habsburger, soweit sie nicht einfache Bürger der Republik sein wollten, enteignet und verbannt, es hat überdies ziemlich starke Sicherungen gegen anti-republikanischen Mißbrauch der Wehrmacht getroffen. Die Sozialdemokratie ist im Staate den Christlichsozialen ungefähr gleich stark, aber auch unter den Christlichsozialen bilden monarchistische Elemente längst nicht die Mehrheit und ebensowenig wünschen die Landbündler und Großdeutschen die Monarchie zurück. Nur kleine, allerdings freie Zirkel ehemaliger Habsburg-Offiziere und ihr Anhang möchten gern, dürfen es aber nicht wagen, das verhasste Schwarzgelb öffentlich zu zeigen. „Fest steht und treu“ die Wacht der sozialistischen Arbeiterschaft gegen eine nur von Ungarn her allenfalls drohende Wiederaufrichtung der Monarchie.

Wie es in der reichsdeutschen Republik damit steht, braucht man Berliner Lesern nicht auseinandersetzen — wenn sogar Keudell und Hergt mit 50prozentiger Billigung Westarps die Republik zu schützen schwören! Zur größeren Sicherheit aber ist ja auch noch Preußen und einiges Andere da.

So verbindet die neue Fluglinie drei Länder von gleicher Staatsform und, was auch nicht übersehen werden soll, von ziemlich gleicher Kultur. Mag zwischen Reichsdeutschen und Ostslawen ein Kulturunterschied bestehen — die Tschechen sind wahrhaftig nur durch die Sprachverschiedenheit von uns getrennt; wäre die und sonstige äußerlichkeiten nicht, man merkte überhaupt keine Differenz. Vielleicht trägt die Luftverbindung Berlin—Wien über Prag auch dazu bei, die tschechische Politik zu bewegen, ihren ungerechten Widerstand gegen die Heimkehr Deutschösterreichs ins Reich aufzugeben.

Da nun die neue Fluglinie drei Republiken verbindet, ist es nur selbstverständlich, daß sie das München der Rupprecht, Soden, Rahr und Held — seitwärts liegen läßt!

Ein Abrüstungsantrag im dänischen Folkething, von der Radikalen Partei eingebracht, fordert eine Volksabstimmung über eine Verminderung der Militärausgaben um jährlich 40 Millionen auf 16 Millionen.

Beethoven-Jahrhundertfeier.

Von Emil Vandervoelde.

Die Regierungen Frankreichs, Deutschlands und Belgiens und vieler anderer Länder werden am 26. März bei den Feiern zum 100. Todestag von Beethoven vertreten sein. Das ist nur eine Selbstverständlichkeit. Worüber man sich viel mehr wundern müßte — sofern man sich auf dem Gebiete der nationalistischen Borniertheit überhaupt noch über etwas wundern darf —, das ist, daß noch vor drei oder vier Jahren eine solche Zusammenkunft von Europäern aus den Wiener Festlichkeiten in gewissen Kreisen endlose Bedenken hervorgerufen haben würde, und daß, wenn Beethoven anstatt im Jahre 1827 z. B. schon im Jahre 1820 gestorben wäre, man auffallende Läden bei seiner Todesgedenkenfeier hätte feststellen müssen.

Man begreift es zwar sehr wohl, daß während des Krieges in einem besetzten Lande wie Belgien auch diejenigen, die die deutsche Musik als eine unentbehrliche geistige Nahrung betrachten, sich zu Hause eingeschlossen haben, um die Kreutzeroper und die Sonate pathétique zu spielen, und daß sie lieber das belgische Nationallied, die „Brabançonne“, in den Kirchen gehört haben als den Einzugsmarsch aus dem „Lannhäuser“ oder das Vorspiel der „Meistersinger“ in den von der Besatzung veranstalteten Konzerten.

Aber viel bezeichnender für die Geistesverfassung vieler Menschen ist es, daß auch später und jahrelang in Frankreich und noch mehr in Belgien die Bourgeoisie, obwohl sie gern mit ihrem Kunstsinne prahlte, hartnäckig die deutschen Komponisten, ob tot oder lebendig, aus dem Konzertprogramm streichen ließ. Dieser „patriotische“ Boykott machte nicht einmal vor Beethoven halt, vor jenem Beethoven, den Belgien Deutschland schenkte — denn es ist bekannt, daß seine Großeltern aus Belgien stammten — und den Deutschland sodann der ganzen Welt schenkte, vor jenem Beethoven, dessen „Hymne an die Freude“ das prächtigste Bekenntnis darstellt, das jemals zur Brüderlichkeit zwischen den Menschen und zwischen den Völkern abgelegt wurde.

Schließlich mußten unsere Ueberpatrioten die ungeheure Lächerlichkeit selbst erkennen, mit der sie sich bedeckten, indem sie Wagner, Beethoven oder Johann Sebastian Bach für die Handlungen des Reichstanzlers von Bechtmann-Hollweg oder für die Kriegserklärungen des Kaisers verantwortlich machten. An der Brüsseler Oper werden wieder „Lohengrin“ und „Lannhäuser“ — übrigens ziemlich schlecht — aufgeführt. Wir haben kürzlich zum erstenmal am Brüsseler Konservatorium das „Lied von der Erde“ von Gustav Mahler gehört, und am Sonntag, dem 27. März, werden die Vertreter Frankreichs und Belgiens neben dem Bundeskanzler Seipel und dem deutschen Reichsinnenminister der „Missa solennis“ beiwohnen.

Eine solche Zusammenkunft besitzt unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine geradezu symbolische Bedeutung. Mögen wir auch

Freunde der Justiz.

Wie Deutschnationale Kritik üben.

Wenn die Sozialdemokratie offensichtliche Verfehlungen von Justizorganen feststellt, wie sie erst eben wieder in dem Verhalten des Strafanstaltsobersparkers Bentsche krasz zutage getreten sind, erhebt die Rechte jedesmal ein Wutgeheul und behauptet, wir wollten „den letzten Grundpfeiler des Staates“ untergraben. Ihre eigene Methode sachlicher Kritik kann man aus der „Deutschen Zeitung“ lernen. In einem gehässigen Ausfall gegen den Staatsanwalt des Siegener Mordprozesses schreibt diese:

Es verdient in diesem Zusammenhang der Erwähnung, daß der Staatsanwalt seine Stellung erst der Revolution verdankt. Er ist vor dieser Zeit Gerichtsschreiber gewesen.

Wir kennen die Laufbahn des Staatsanwalts Weidemann nicht. Sollte er aber wirklich früher zu den mittleren Justizbeamten gehört haben — die sich heftig gegen die Bezeichnung „Gerichtsschreiber“ wehren, und darin sonst die liebevolle Unterstützung der — Deutschnationalen finden! — so können die mittleren Justizbeamten aus der „Deutschen Zeitung“ ersehen, mit welcher Freundlichkeit ihre angebliehen Gönner von rechts ihrem Berufe und ihren Aufstiegsmöglichkeiten gegenübersehen.

Die Bürgerblockregierung in der Minderheit.

Ein wichtiger Aufwertungsbeschluß des Rechtsausschusses

Bei Beratung des Gesetzesentwurfes über die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken erlitt die Regierung heute im Rechtsausschuß eine Niederlage. Der Entwurf schlug vor, daß im Falle der Aufwertung einer gelöschten Hypothek der Aufwertungsbeitrag ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Wiedereintragung der Hypothek ab 1. Juli 1926 zu verzinsen ist. Das bedeutet, daß der Zins von diesem Termin an auch geleistet werden muß, wenn die Wiedereintragung infolge Ueberlastung der Grundbuchämter später erfolgt. Der Wirtschaftsparteiler Dr. Joerissen beantragte statt den 1. Juli 1926 den 1. Januar 1927 zu setzen, blieb aber mit diesem Antrag allein. Die Demokraten beantragten statt des 1. Juli den 1. Januar 1926 einzufügen. Troßdem Reichsjustizminister Dr. Hergt mit aller Schärfe den Entwurf verteidigt und in Rücksicht auf die entlasteten Schuldner jede weitere Zurückdatierung ablehnte, wurde der Antrag der Demokraten mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen. Außer der Linken stimmten einige Abgeordnete des Zentrums für den Antrag. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei stimmten geschlossen dagegen.

Im Verlauf der Sitzung gab Abg. Dr. Landsberg die Erklärung ab, die sozialdemokratische Fraktion habe beschlossen, dem Abg. Dr. Best, der infolge Auflösung der völkischen Arbeitsgemeinschaft keinen Sitz mehr im Ausschuß hat, einen ihrer acht Sitze abzutreten. Sie verfolge damit nur den Zweck, dem ausgezeichneten Kenner des Aufwertungsrechts und dem ersten Vertreter der Sparinteressen die Möglichkeit zur vollberechtigten Teilnahme an den Verhandlungen zu gewähren. Eine gegenseitige Bindung sei nicht vereinbart, die Anträge, die Herr Best stelle, würden von den Vertretern der Sozialdemokratie von Fall zu Fall vorbehaltlos geprüft werden.

Abg. Dr. Best nahm dieses Anerbieten an und sprach der Sozialdemokratischen Fraktion seinen Dank aus.

„Berichtigte Zeugenaussage.“

In einem Plauener Prozeß wegen Beleidigung Strefemanns hatte der deutschnationale Spionageagent Knoll, der Intimus des Offiziers Ruffmann, als Zeuge ausgelagt, er habe ein Strefemann belastendes Alibi über die Cooperator A. G. auf Veranlassung des Generalsstaatsanwalts Lindow und des Oberstaatsanwalts Linde von Ruffmann ausgehändigt erhalten und dem Journalisten Bacmeister als „Treuhand“ zur Aufbewahrung übergeben.

Auf eine kleine Anfrage des Genossen Ruttner antwortet jetzt das preussische Justizministerium, daß Knoll bei seiner Vernehmung im Disziplinarverfahren Ruffmann diese Aussage „berichtigt“ habe. Der Generalsstaatsanwalt Lindow und der Oberstaatsanwalt Linde

wirklich in einem Gedanken vereint sein, wenn wir zusammen beim Agnus dei, das die Posaunen und Trompeten der höherfüllten Mächte ertönt, die Klage und die Forderung der unzähligen leidenden Massen vernehmen werden: Miserere, da nobis pacem! (Erbarme dich unser, gib uns Frieden!)

Ich freue mich jedenfalls bei dem Gedanken, daß ich auf den Feiern der Stadt Wien zahlreiche Freunde und Kampfgenossen finden werde, mit denen ich nicht nur den größten aller Komponisten, sondern auch den Weltbürger ehren werde, dessen lebendiges Bild Romain Rolland gezeichnet hat: Beethoven ist der Mann, dessen Bewunderung für Bonaparte an jenem Tage verschwand, an dem dieser nach der Kaiserkrone griff, der an Begeisterung schrieb: „Dann soll meine Kunst sich nur zum Besten der Armen zeigen“, und von dem sein intimster Freund aus den letzten Lebensjahren, Schindler, sagen konnte: „Er war ein Anhänger der uneingeschränkten Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit. . . Er wollte, daß alle an der Regierung des Staates teilnehmen. . . Er wollte für Frankreich das allgemeine Wahlrecht und hatte gehofft, daß Bonaparte es einführen und damit die Grundlagen des Glückes der gesamten Menschheit schaffen würde.“

An jenem Tage, an dem diese Hoffnung betrogen wurde, taufte er seine Symphonie „Bonaparte“ um und gab ihr einen anderen Namen, dessen Bedeutung zugleich rührend und rächend ist: „Symphonie Eroica“ . . . um die Erinnerung an einen großen Mann zu verherrlichen.“

Aber der große Mann, dessen Gedanken heute gefeiert wird, und zwar in jenem Wien, wo es keinen Kaiser mehr gibt und wo künstlich alle an der Regierung des Staates teilnehmen, das ist der geniale Vorläufer, das ist der Sänger der Freude, das ist er selbst — Beethoven!

Ein umständliches Lustspiel.

Eine schöne Uebereinstimmung zwischen Autor, Bühne und Stück ist bei dem Lustspiel „Aprilwetter“ des Engländer St. John G. Ervine festzustellen. Selbst Petrus bemühte sich, mitzuwirken. Bei Beginn der Vorstellung im Renaissance-theater wehte draußen laue Frühlingsluft, bei Schluß des Stückes regnete es in Strömen. Aprilwetter im März. Als der Verfasser, möchte ich wetten, den ersten Akt schrieb, wußte er noch nicht, wie er die Sache weiter führen sollte. „Aprilwetter“ macht von der ersten bis zur letzten Szene einen improvisierten Eindruck; und wie der Regisseur Viktor Schwannke die Generalprobe abgeschlossen hatte, wußte er bestimmt noch nicht, ob die Premiere klappen würde. Das Hauptverdienst am Gelingen des gestrigen Abends hatte denn auch die Souffleuse, die sich anerkennenswert dafür einsetzte, den Rollen das nun einmal notwendige Leben einzublasen. Kürzer ausgedrückt, ein schludriges Stück in schludriger Inszenierung.

„Aprilwetter“ spielt in einem englischen Pfarrershaus, das die berühmte Schauspielerin Mary in wirbelnde Aufregung versetzt. Der

bestreiten entschieden, etwas mit der Sache zu tun zu haben. Auch Knoll hat seine Behauptungen gegen die beiden Herren nicht aufrecht erhalten.

Die Sache hat jedoch einen Haken: die Aussage Knolls im Plauener Prozeß war eine eidliche Zeugenaussage, die vor einem beauftragten Richter abgegeben und von diesem protokolliert wurde. Herr Knoll hat seine protokollierte Aussage beschworen. Hinterher „berichtigt“ er sie in wesentlichen Punkten. Da Herr Knoll behauptet, „Hilfsbeamter“ oder „Vertrauensmann“ der Staatsanwaltschaft gewesen zu sein, wird er zweifellos wissen, wie der Staatsanwalt so etwas juristisch nennt.

Die gefährdeten Europäer.

Die Missionare wollen bleiben.

Schanghai, 25. März. (Reuter.) Die Lage in Nanking ist noch unklar. Es scheint, daß die gestern gelandeten Truppen den Sofonyhügel, worauf sich die Ausländer zusammengefaßt hatten, ohne Widerstand erreichten. Es gelang ihnen, 31 Ausländer mitzunehmen, doch werden 150 Amerikaner und 17 Engländer, darunter der verwundete Konsul, noch vermißt. Die Ratinebehörden ersuchten den Befehlshaber der südchinesischen Truppen um den Schutz der in Nanking vertriebenen Ausländer, sie erhielten aber keine befriedigende Antwort. Die meisten der zurückgebliebenen Ausländer sind Missionare, die sich weigern, trotz der Warnungen der Konsularbeamten, die Stadt zu verlassen.

Gegensätze in der Kuomintang-Partei.

Die Lage in Schanghai ist nach wie vor undurchsichtig. Die Meldungen über Zusammenstöße zwischen den eingerückten Süditruppen und Arbeitern, bzw. Studenten mehren sich. Sie sind nur erklärlich durch die Gegensätze, die sich bereits seit mehreren Wochen innerhalb der Kuomintang-Partei bemerkbar machen. Es ist hier schon wiederholt hervorgehoben worden, daß diese Partei keineswegs einheitlich ist und daß sie neben ihrem extremistischen Flügel, der stark unter Moskauer Einfluß steht, in ihrer Mehrheit rein nationale Ziele verfolgt.

Erst kürzlich hat Kadek, der in Moskau als Chinespezialist gilt, auseinandergesetzt, daß mit dem weiteren Vorrücken der Kanton-Truppen der Gegensatz zwischen den bürgerlichen und den proletarischen Kräften der Kuomintang-Partei akuter werden würde. Demgegenüber warnte die „Prawda“ vor dem übereilten Rot, den einzelne „Sachkenner“ an die chinesischen Kommunisten richteten, nach der Einnahme von Schanghai aus der Kuomintang-Partei auszutreten und den Kampf selbständig fortzuführen.

Daß die Gegensätze sowohl politischer wie auch sozialer Natur sehr stark sind, geht schon daraus hervor, daß die militärischen Befehlshaber der Kanton-Truppen in Schanghai die Bevölkerung zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrufen, während kommunistisch beeinflusste Arbeiterführer die Fortsetzung des Streikes proklamieren. So dürften auch die Meldungen über die erwähnten Zusammenstöße zu erklären sein.

Ebenso tritt dieser Gegensatz in der Frage des Verhaltens der siegreichen Nationaltruppen zu den ausländischen Staatsangehörigen in die Erscheinung. Die militärischen Führer erstreben offenbar eine friedliche Vereinbarung mit den Konsuln über die Befehung und Verwaltung der Konzessionsgebiete; die Extremisten dagegen, die seit Monaten eine lebhaft propagandistische für die Aus-treibung der Fremden entfalten, haben es anscheinend darauf abgesehen, durch Generalstreik und Kampf die Ausländer zur Räumung von Schanghai zu zwingen.

Diese bolschewistische Latenz ist nicht neu, aber sie ist gerade für die Arbeiterklasse überaus gefährlich. Sie erinnert stark an die Versuche der KPD. und der KPD. im Ruhrgebiet nach der Niederwerfung des Rapp-Bußches durch Fortsetzung des Streiks und des Kampfes die „Revolution weiterzutreiben“. Auf diese Art ist fast immer nur den reaktionären Kräften Gelegenheit gegeben worden, sich wieder „unentbehrlich“ zu machen. Moskau scheint auch in China auf dem besten Wege zu sein, durch die Wiederholung solcher Fehler die Revolution zu verpfuschen.

Pfarrersohn hat nämlich ein Drama verfaßt, dessen Hauptrolle von ihr kreiert werden soll. Schon das Verlesen der Komödie scheitert an den Launen der Divo. Sie hat an den sensationellen Vorgängen des Lebens mehr Interesse als an den Ereignissen einer Dichtung. Augenblicklich verlobt sie sich ständig. „Was soll man denn auf dem Lande anderes tun?“ entschuldigt sie sich. Natürlich ist die lockere Lebensauffassung der Schauspieler für die frühe Pfarrersfamilie etwas so Unerhörbares, daß ihre gesitteten Formen außer Rand und Band geraten. Dieses wirbige Hin und Her wird vom englischen Autor mit viel Humor und geistreicher Witzerei, aber auch mit viel Umständlichkeit behandelt.

Wenn trotz der Längen das „Aprilwetter“ im Zuschauer einen freundlichen Eindruck hinterläßt, so hat das Renaissance-theater das in erster Linie Rosa Baletti zu verdanken, die die ältliche Schauspielerin Mary mit bewunderungswürdiger Berve und wohlwunder Ursprünglichkeit hinlegt. Wenn sie eine besonders groteske Wendung zu sprechen hat, sieht sie mit freudlichem Kinderblick ins Publikum und scheint jedesmal zu fragen: „Na, wie hab' ich das gesagt?“, was eine ganz originelle Betonung des Witzes ihrer Rolle bedeutet. Hans Heinrich v. Twardowski spielt mit unmaßhämlicher Würde, Nüchternheit und geruchamer Trankheit einen blaffenden jungen Dichter, den nichts aus der Fassung bringen kann. Renate Müller wäre eine der ersten Schauspielerinnen Berlins, wenn sie so natürlich-anmutig spielen würde, wie sie aussieht. Ernst Degner.

„Die Frau auf Anteißscheine“. Eine Komödie, die ihren Beruf bisher sehr rationell betrieben hat, wird plötzlich von der Liebe gepackt und geht mit einem Habenichtes auf und davon. Ihren Gläubigern hinterläßt sie eine wohlgerichtete, aber mit lebendem und totem Inventar durchaus unbezahlte Villa. Die Gläubiger, nach einigen Verzweiflungsausbrüchen, kommen auf einen genialen Einfall. Sie suchen für die Verschundene eine Nachfolgerin. Gleiche Größe, damit die Toiletten passen, und Geschäftstüchtigkeit Bedingung. Sie wird gefunden in einem kleinen, unkultivierten und durchaus nicht hübschen Barmädchen, das jetzt, da die notwendige Aufmachung da ist, schnell Karriere macht. Hohe und höchste Herrschaften reihen sich um sie. Aber sie betreibt ihr Geschäft rein kaufmännisch mit Telephonzentrale und doppelter Buchführung, ist und bleibt die „Frau auf Anteißscheine“ — die natürlich den Gläubigern gehören. Das wäre für Keist wenn er im 20. Jahrhundert gelebt hätte, vielleicht Stoff zu einer Anekdote gewesen. Man hätte auch ein Lustspiel voll grimmigen Humors und ähnder Satire aus diesem Einfall machen können. Aber schlechten Köchen nützt selbst der beste Braten nichts. Sie verderben ihn durch eine ungenießbare Sauce. Paul Armont und E. Marchand sind sehr schlechte Köche. Drei Teile Eindeutigkeiten, mit einem Teile sentimentalsten Liebesfisches verrührt, liefert selbst den anspruchstosen Gaumen nicht mehr. Und vor lauter Uebelkeit hätte man es höchstens bis zum zweiten Akt im Residenz-theater ausgehalten, wenn einen nicht die Reugier gepackt hätte: Wie lange machen eigentlich die Schauspieler diesen Unsug mit? Aber mit einer schier unfahbaren Liebe zur Sache stecken Grete Freund, Martin Reiner und eine Reihe anderer nicht unbegabter Darsteller in ihren peinlichen Rollen. Tes.

Vor Abschluß des Wilms-Prozesses.

Die Verteidiger sprechen.

Auch heute hat die Verteidigung im Fememordprozeß Wilms das Wort. Rechtsanwält Bloch spricht für die Angeklagten Stantien und v. Poser, die weniger belastet sind. Er klagt die Reichswehr an. Unter den Mitteln der Reichswehr seien die Arbeitskommandos ausgezogen worden als rein militärische Truppe. Die Reichswehr trage damit die Verantwortung für die Arbeitskommandos. Sie habe dafür sorgen müssen, daß Prozesse wie der vorliegende vor ein militärisches Sondergericht komme. Aber die Reichswehr habe versagt, sie habe ihre Schutzbefohlenen im Stich gelassen. Daraus aber sei zu erwägen, künftige Fälle einem derartigen Gerichte zu übergeben.

Der Vorsitz Bloch gibt dem nächsten Verteidiger, Rechtsanwält Schwindt, der für den Angeklagten Budzinski spricht, das Stichwort. Er will von den Sondergerichten nichts wissen und plädiert im übrigen nicht nur auf Freispruch seines Klienten, sondern auch auf Entschädigung für unschuldig erklarte Untersuchungsgefangene.

Der Verteidiger des Angeklagten Schulz ist Rechtsanwält Sack. Er verfolgt die eigenartige Taktik, die moralische Schuld an den Vorgängen denen zu geben, die die Putschaktion durchführten und sich um die Aufdeckung des Fememordes verdient gemacht haben: dem ehemaligen Innenminister Severing, der politischen Polizei und dem Reichswehrministerium. Sie hätten es versäumt, den hochverräterischen Bestrebungen der Arbeitskommandos rechtzeitig entgegenzutreten! Anzulagen sei ferner die Justizverwaltung, die den Kassiberverkehr nicht verhindert habe und die verabsäumt habe, einer Zeitschrift die fortlaufende Sammlung von Material im Fall Wilms unmöglich zu machen. Diese Stellen trüge die moralische Schuld. Sie hätten die Angeklagten schuldig werden lassen. Mit anderen Worten: die Schuld beginnt da, wo die Aufklärung der Verbrechen beginnt. So spricht Rechtsanwalt Sack, der Verteidiger des Schulz...

Der Reichspostminister im Barmat-Prozeß.

Vernehmung im Fall Lange-Hegermann.

Am Beginn der heutigen Verhandlung im Barmat-Prozeß fragte der Vorsitzende an den Angeklagten Lange-Hegermann die Frage, ob er seine bisherigen Aussagen aufrecht erhalte, wonach ihn der verstorbene Reichspostminister Dr. Höffe über Einzelheiten des Kredits im unklaren gelassen habe. Lange-Hegermann betonte, daß er bei seinen Befundungen bleibe.

Sodann wurde der letzte

Reichspostminister Schäkel

der zur fraglichen Zeit Staatssekretär der Abteilung München des Reichspostministeriums war, als Zeuge über die Abmachungen bei der Hergabe des Kredits gehört.

Nachdem der Vorsitzende festgestellt hatte, daß der Minister auf Grund eines Schreibens des Staatssekretärs der Reichskasse sich von dem Reichskassensystem die Genehmigung zur Ausgabe erhalten hatte, verbreitete sich Reichspostminister Schäkel einleitend über die staatsrechtlichen Grundlagen der Kredithergabe aus Mitteln der Post. Nach dem Staatsvertrag vom 27. April 1920 sollten die in Bayern ausstehenden Postbesoldungen der bayerischen Wirtschaft zustehen. Dies sei jedoch nur eine Sollvorschrift, und der Minister könne auch von der bayerischen Abteilung Geld anfordern. Von dieser Möglichkeit hätten aber die Reichspostminister Dr. Höffe, Giesberts und Stängel keinen Gebrauch gemacht. Reichspostminister Schäkel erklärte dann weiter, daß Höffe im Mai des Jahres 1924 mit ihm die Angelegenheit besprochen, und gesagt habe, daß er die Gelder für die besetzten Gebiete brauche.

Er, der damalige Staatssekretär, habe gesagt, daß er sich die Sache überlegen wolle.

Vors.: Herr Reichspostminister, bestanden Bedenken, daß bayerische Gelder an das besetzte Gebiet gegeben wurden?

Zeuge: Nein, dabei habe ich nichts finden können. Ich sagte Höffe nur, er solle mit genauer Belege geben, dann würde der Abgeordnete Lange-Hegermann den Kredit, wenn die Frage der Sicherheiten geklärt sei, bekommen können. In der damaligen Zeit bestand in den besetzten Gebieten eine große Geldknappheit, und man benutzte auch Mittelpersonen, um die Gelder dem Eingriff der Franzosen zu entziehen.

Das große Drama.

Von Erik Juel.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Luise Wolf.)

„Das große Drama“ steht jeden Tag auf dem Theaterzettel. Schon den zweiten Monat.

Ausverkauf bis Mittag. — „Das große Drama“ hat die Saison gerettet.

So etwas wollen die Leute sehen.

Aber Bibi Vera ist auch vorzüglich, Marj Bohr hat hier freies Spiel. Die übrigen Mitwirkenden können ihre Sache.

Die Hauptrolle ist voller Spannung, sie ist — könnte man beinahe sagen — genial aufgebaut.

Der gedebte Tisch, die ehbaren Gerichte, die aufgetragen, serviert und verspeist werden, auch der Wein soll echt sein.

Vielleicht nicht die feinsten Marken, aber jedenfalls trinkbar, sonst würde Marj Bohr ihm nicht so zusprechen und Glas auf Glas hinunterspülen.

Bohr ist Kenner, das weiß das Publikum, und diese Szene reizt den Appetit.

Das spürt das Theaterrestaurant, kein früheres Stück hat ihm so viele besetzte Tische beschert — die in der Pause zwischen Tisch- und Schlüsszene schon vorausbestellt sind.

Und wieviel Puder draufgeht, um in den Zwischenakten die rotgeweineten Kassen der Damen im Publikum zu decken.

Die Garderobefrau hat ihn en gros eingekauft — die Trinkgelder füllen ihre Kasse.

Es ist wirklich ein schönes Stück — sagt sie zu jeder ihrer Kundinnen, und sie meint es aus ganzem Herzen.

Ja, das Stück ist wirklich ganz gut inszeniert.

Schon wenn die Lustretenden oben auf der Bühne zu Tisch gehen, merkt man die Gemütsstimmung.

Bibi Vera, die Gräfin, — in silberdurchwirktem Brokat — spielt mit Marj Bohr — der ein egoistischer Fürst ist — wie die Kasse mit der Maus.

Man weiß nicht — liebt sie ihn oder den französischen Marquis?

Der Dichter hat sich nicht mit diesen drei Rollen begnügt, nein, die ganze Bühne ist besetzt. Damen und Herren plaudern, lachen, unterhalten sich, essen und trinken, über alle möglichen Themen wird diskutiert, die brennende Frage des Tages erörtert. Geistreiche Aussprüche, bon mots, liegen wie Federbälle von Mund zu Mund, und dazwischen spürt man das Drama, das Fortschreiten des Dramas, die Tüchtigkeit des Dramas. Bibi Veras unvergleichliches Hohnlachen

erläutert — Bohrs bekannte, zusammengelegte Brauen künden Schlimmes, der Liebhaber der Damen, der schmachtende Konei — hier der französische Marquis — hat sich umgewandelt, er knüllt die Eierdette zusammen. Bohr — der egoistische Fürst — hat das beleidigende Wort gesagt.

Bibi Vera — die Gräfin — sieht plötzlich den vollen Ernst der Situation. Zu spät. Ein Schuß — die Gräfin will sich zwischen die beiden werfen — es fällt noch ein Schuß — mehrere Schüsse — und alle drei Hauptdarsteller sinken um.

Deutschnationale vor der Futterkrippe.

Hunderte von Bewerbungsschreiben liegen vor! — Feststellungen im Landtag.

Der Landtag nahm in seiner heutigen Freitagssitzung zunächst die erste Lesung des preußischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleich vor. Die Vorlage wurde nach kurzen Ausführungen der Abg. v. Egnern (D. Sp.), Stoff (Komm.) und Hecken (Dnat.) dem Hauptausschuß überwiesen.

Beratung des Innenetat's.

Dann wurde die Generaldebatte über den Innenetat fortgesetzt. Abg. Dr. Schwering (Z.): Das Zentrum hat durch seine Koalitionspolitik im Reich und Preußen zur Festigung der Republik und zur allgemeinen Beruhigung das Meiste beigetragen.

Allerdings hat die Rechtskoalition im Reich bei uns starke innen- und außenpolitische Bedenken geweckt,

an die noch jüngst die Eitredes des Reichstagsabgeordneten Raas' erinnert hat. Aber wir haben diese Rechtsregierung auf das eifrige Betreiben der Volkspartei gebildet, und die Energie und Klugheit des Reichstagszentrums hat nur verhindert, daß in der neuen Reichsregierung der Einfluß der Volkspartei zu stark wurde. (Heiterkeit.) Durch die Bildung der neuen Reichsregierung hat die Republik neue Anhänger gewonnen; wir

würden nur wünschen, daß die deutschnationale Presse die vereinbarten Richtlinien noch besser bekannt macht.

Einer der neuen deutschnationalen Minister im Reich hat vor wenigen Tagen einen preußischen Regierungsrat aus seiner kommissarischen Beschäftigung entlassen mit der offenherzigen Begründung,

er müsse die Stelle einem Parteifreunde von sich geben; es läge bei der deutschnationalen Reichstagsfraktion schon mehrere Hundert Bewerbungsschreiben.

(Lebhaftes Hört, hört! links und in der Mitte.) Das ist die Methode, die die Deutschnationalen der preußischen Regierung zum Vorwurf machen, während die preußische Regierung — System Severing — tatsächlich nur alle Bewerdungsstellen gleichberechtigt zur Mitarbeit am Staat heranziehen will. Von dem früheren Kaiser wünschen wir, daß er in seinem freigewählten Exil bleiben möchte. Es wäre überhaupt gut, mit den Hohenzollernlegenden wenigstens insoweit aufzuräumen, als sie die Deutschösterreicher unnützlich verärgern müssen. Denn unser Ziel bleibt doch Großdeutschland.

Abg. v. Egnern (D. Sp.) spricht über die Verwaltungsreform.

Vors.: Herr Reichsminister, hatten Sie damals Einblick in die Flüssigkeit der Berliner Gelder? Zeuge: Ja, ich mußte, daß Berlin damals knapp war. Für mich kam aber auch in Frage, daß mit der Kredithergabe ein vaterländischer Zweck verfolgt werden sollte, und ich hatte mir auch ausbedungen, daß die Gelder auch für die bayerische Pfalz verwendet würden. Dazu kam, daß mir Berlin auch mehrmals ausgeholfen hatte, wenn die Münchener Abteilung knapp war, und schließlich war es ja mein Minister, der an mich die Bitte auf Hergabe des Kredits an Lange-Hegermann stellte. Ich habe mich auch erkundigt, ob gegen den Abgeordneten Lange-Hegermann irgendwelche Bedenken beständen, was aber in politischen Kreisen verneint wurde.

Vors.: Herr Reichsminister, immer doch aber nur unter der Voraussetzung, daß die Mittel für die besetzten Gebiete verwendet würden? Auf den Gedanken, daß das Geld anderweitig verwandt würde, kam doch wohl niemand? Reichspostminister Schäkel: Nein, ich dachte auch nicht im Geringsten daran, daß mit dem Geld Mißbrauch getrieben werden könnte. Um so weniger, als ich kein Mißtrauen gegen den Reichspostminister Dr. Höffe hatte. Es war für mich kein Zweifel, daß das Geld nicht für das besetzte Gebiet verwendet werden könnte. Vors.: Sie würden das Geld also

nicht für die Köttewitzer Fabrik gegeben haben,

die ja auch notleidend war, wie hier von allen Seiten festgestellt worden ist? Zeuge: Nein, denn dafür waren die Gelder ja nicht da.

Der Reichspostminister Dr. Schäkel äußerte sich dann noch über die zwischen der Abteilung München und dem Reichspostminister geführte Korrespondenz, in der ausdrücklich betont wird, daß die Gelder für die besetzten Gebiete unter besonderer Berücksichtigung der bayerischen Pfalz verwendet werden sollten. Dr. Schäkel gab an, daß der Verwendungszweck auf Grund der Besprechungen und Abmachungen mit Dr. Höffe so angegeben worden war, und daß man in der Münchener Abteilung eben davon überzeugt gewesen sei, daß der Verwendungszweck stimmte.

Es entspann sich dann eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Gericht und dem Angeklagten Lange-Hegermann wegen des Schreibens, das der Angeklagte am 20. Mai nach München an das Reichspostministerium geschickt hatte, und in dem ausdrücklich befragt wird, daß das Geld in das besetzte Gebiet unter besonderer Berücksichtigung der Pfalz fließen würde, wie der Minister es bestimmt habe. Dieses Schreiben war die Antwort auf einen Brief der Abteilung München, in dem gesagt worden war, daß der Kredit nur unter der angegebenen Voraussetzung gewährt worden sei.

Entsicht fliehen die Lebigen.

Dann wird es vollständig still auf der Bühne um die drei Geübten. Einen Augenblick nur, aber Marj Bohr, Bibi Vera und dem Marquis scheint er eine Ewigkeit.

Dann fällt der Vorhang. Eine kurze, dunkle Pause vor dem Epilog.

In dieser kleinen Pause geschah etwas auf der Bühne.

Schon während der Vesperprobe des großen Dramas hatte ein junges verliebtes Mäuspärchen sich in das große dunkle Theatergebäude verirrt.

Sie waren von dem nahegelegenen Badhaus gekommen — waren wohl von Hause fortgelaufen, um ihre junge Liebe in ungestörter Ruhe zu genießen.

Aber Ruhe war dort nur zu den Zeiten, wo weder Proben noch Abendvorstellungen stattfanden, doch als das große Drama vor vollen Häusern gespielt wurde, merkten sie, daß sie an einen Ort gekommen waren, wo gut gegessen wurde und manches für sie abfiel.

Abend für Abend war der Tisch auch für sie gedeckt, denn Brot und Speisereste rollten über den Fußboden der Bühne und blieben während der Pause liegen, bevor der Vorhang für die Schlüsszene aufging, wo Arzt und Behörde eintreffen und Worte sprechen, die die Moral des Stückes enthalten.

Die vorhergehenden lärmenden Szenen — die Schüsse — die fliehenden Schauspieler, beunruhigten das junge Paar nicht mehr, das sich unter dem Bühnenboden gemütlich und bequem gemacht hat. Im Gegenteil. All dies war ihnen willkommen. Sie wußten ja nun aus Erfahrung, daß es dem für sie so schön gedeckten Tisch vorgehen mußte.

Ein paar Monate sind eine lange Zeit für Mäuse — sie nahmen an, daß der Zustand auf der Bühne ewig währen würde. Sie glaubten ihr Auskommen gesichert und setzten daher, unangefochten von dem großen Drama, das über ihren Köpfen seinen Gang ging, sechs kleine, stumpfschnauzige, halbnaekte Junge in die Welt.

Dort oben aber strich auch die dreifarbig — schwarzweißrote — Kasse umher.

Sie hatte lange keine Mäuse gewittert — die Vorfaison war nicht nur für den Theaterdirektor mager gewesen.

Die sechs kleinen Kahlköpfigen wuchsen schnell heran, bald konnten die glücklichen Eltern sie in der stillen, dunklen und für das Publikum erschütternden Pause oben auf die Bühne führen.

Da sah die Dreifarbig und wartete auf sie.

Still und lautlos fing sie alle, eine nach der andern, und legte sie vor sich hin.

Bibi Vera, Marj Bohr und der schmachtende Konei konnten sich erheben, sich verbiegen und den rauschenden Applaus entgegennehmen, die acht kleinen Mäuse aber blieben liegen, bis die Scheuerfrauen mit ihren Kehrbesen kamen und nach dem großen Drama auslegten.

Forschungsspenden der Notgemeinschaft. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hat nach dem Kriege nicht nur für die deutsche Forschung im allgemeinen und nicht viel geleistet, sondern fördert auch den Nachwuchs an Gelehrten durch Forschungsspenden, über die der Präsident Fr. Schmidt-Ott in den „Berliner Hochschulnachrichten“ näheres mitteilt. Diese dem Lebensunterhalt

Lange-Hegermann bekundet hierzu, daß er mit Höffe eine Auseinandersetzung gehabt habe, weil nach seiner Ansicht die Gelder doch nach Sachsen gingen, wenn auch der Käufer der Köttewitzer Fabrik in Bonn wohne. Höffe habe aber gesagt, das Geld käme nur auf 14 Tage insolge Geldmangels dorthin, und im übrigen habe er, der Minister, schon Gelder in das besetzte Gebiet geleitet. „Wenn ich gesagt hätte, das stimmt doch nicht, würde das Geld zurück,“ so wäre doch der Minister blamiert gewesen.

Der Vorsitzende machte den Angeklagten Lange-Hegermann wiederholt darauf aufmerksam, daß er nicht recht getan habe, den Brief nach München zu unterschreiben. Lange-Hegermann erklärte aber, daß er auf Grund der Versicherung des Ministers den Absatz demzufolge das Geld ausschließlich für das besetzte Gebiet verwandt würde, für richtig gehalten habe. Er habe eben dem Minister geglaubt, und deshalb auch mit Rücksicht darauf, daß er sein Fraktionskollege sei,

den Brief, den Höffe diktiert habe, unterschrieben.

Vors.: Kennen Sie das Schreiben, das Höffe an die Vereinsbank in Kaiserslautern geschrieben hat, und in dem er bittet, sich nicht persönlich mit Ihnen wegen des Kredits in Verbindung zu setzen, da Sie mit Kreditgelichen überlaufen würden? Der Direktor der Vereinsbank soll ja auch in Berlin gewesen sein, und mit Ihnen verhandelt haben. Lange-Hegermann: Mit mir hat er nicht verhandelt. Das wird auch seine Vernehmung ergeben. Ich kenne auch das Schreiben Dr. Höffles nicht.

Zur Abwicklung des Höffe-Kredits teilte der Reichspostminister dann noch mit, daß etwa 400 000 M. aus dem Vermögen Lange-Hegermanns eingegangen waren, daß ferner zugunsten der Post eine Hypothek von 1,7 Millionen auf Köttewitz eingetragen waren und die Post außerdem 70 Proz. der Geschäftsanteile Lange-Hegermann in Händen hätten. Ich bin der Ansicht, daß die Reichspost zu ihrem Gelde kommen wird, da ja auch die Staatsbank für die Summe garantiert hat. Dem Verlangen der Staatsbank, aus der Sache herauszukommen, bin ich seinerzeit schon entgegengetreten, indem ich betonte, daß die Staatsbank für ihre Bürgschaft auskommen müsse.

Damit war die Vernehmung des Reichspostministers Dr. Schäkel zu diesem Punkte beendet, der Minister wird aber im weiteren Verlauf noch zu anderen Fragen gehört werden.

Hierauf trat die Mittagspause ein.

Brasilien hat seine Teilnahme an der Genfer Weltwirtschaftskonferenz angemeldet. Man erblickt in Genf darin ein Anzeichen für die Möglichkeit einer späteren Rückkehr Brasiliens in den Völkerverbund. Spanien dagegen weigert sich jetzt konsequent, an irgendeiner Genfer Konferenz (Abrüstung, Wirtschaft usw.) teilzunehmen.

dienenden Bezüge werden für ein oder mehrere Jahre an jüngere Gelehrte gegeben, die sonst der wissenschaftlichen Forschung durch die wirtschaftliche Lage verloren gehen würden. Die Prüfung der Anträge erfolgt in 22 Fachausschüssen, die Gutachten über die wissenschaftliche Befähigung des Antragstellers abgeben. Seit Bestehen der Notgemeinschaft sind bisher etwa 600 solcher Stipendien bewilligt worden, von denen 200 erloschen sind, so daß gegenwärtig etwa 400 Stipendien laufen. Man ist aber der Ansicht, daß Mittel bereitgestellt werden müßten, um jährlich mindestens 600 solcher Stipendien vergeben zu können.

Die Vertreter für die Wiener Beethovenfeier. Bei der Wiener Beethoven-Jahrhundertfeier werden eine Reihe von Staaten durch offizielle Delegierte vertreten sein. Deutschland entsendet den Reichsinnenminister von Reudell und den Reichsfinanzminister Dr. Köhler, Frankreich den Unterrichtsminister Herriot, Großbritannien Sir Hugh Percy Allen, Professor an der Universität Oxford, Italien Pietro Rascaigni, Belgien den Außenminister Vanderveide, die Niederlande Jongheer von Bernsteyn, Präsident der Tonbildnervereinigung im Haag, Rumänien den Direktor des Konservatoriums Doret, die Schweiz den Komponisten Doret.

Das Programm der Beethoven-Feiern in Russland. Beim sowjetrussischen Bildungsministerium ist ein unter Leitung Lunatscharskis stehendes Beethoven-Komitee gebildet worden, dem Vertreter aller maßgebenden Russikerverbände der Sowjetunion angehören. Am Todestage Beethovens findet eine öffentliche Gedenkfeier im Moskauer Großen Theater statt, ferner eine Reihe unentgeltlicher Kammer- und Sinfoniekonzerte in allen Stadtbezirken. Neben mehreren wissenschaftlichen Monographien gelangt eine vollständige Broschüre über Beethoven zur Ausgabe. Die russische Abteilung des Staatsverlages läßt eine Volksausgabe der Werke Beethovens erscheinen. Eine russische Beethoven-Gesellschaft wird organisiert und eine Reihe von Preisen für Beethoven-Forschung gestiftet; an verschiedenen Hochschulen sollen Beethoven-Seminare gegründet werden. Die Musikgesellschaften des Auslandes sollen durch Sonderbulletins über den derzeitigen Stand und die weitere Entwicklung der Beethoven-Kultur in Russland unterrichtet werden. Das Bildungsministerium entsendet zum Wiener Musikhistorischen Kongreß eine Abordnung.

Die Mund-Kassette im Kronprinzenpalais ist täglich, auch Montags, von 10-5 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt für Schüler, Studierende und Künstler gegen Ausweis 20 M.

Waller v. Mole wird am 6. April, 11 Uhr, im Kleinen Theater eine Matinee. Es werden gelesen Dichtungen von: Edwin Dorn, Günther Franke, Waller Guttlich. Karten zu 5, 4, 2, 1 M. an der Theaterkasse.

Der Junge Kreis gibt am 3. April, 11 Uhr, im Kleinen Theater eine Matinee. Es werden gelesen Dichtungen von: Edwin Dorn, Günther Franke, Waller Guttlich. Karten zu 5, 4, 2, 1 M. an der Theaterkasse.

Der Wollenträger als Krebskrankenhaus. Die New Yorker Krebskrankheits-Vereinigung hat einen 27-bettigen Wollenträger angekauft, der als Krebskrankenhaus eingerichtet werden soll. Das Krankenhaus soll mit 400 Betten ausgestattet werden und in seiner Klinik soll die Behandlung von 300 Patienten täglich ermöglicht werden.

Damen-Strümpfe

Kunstseide Flor-od. Mako, schwarz und farbige Paar **95**
1a Kunstseide oder Florqualität Paar **1 45**
Künstl. Waschseide in allen Modelfarben Paar **2 45**
Bemberg-Seide pa. Qual., künstl. Wasche. Paar **3 75**
Damen-Schlupfosen Kunstseide, prima Qualität, angestrichelt **3 45**
Damen-Hemdbosen Kunstseide, altspitze, vorzügliche Qualität **3 90**

Grosser Frühjahrs-Verkauf

Damen-Bekleidung

Jumperkleider Blase gemusterter Pulloverstoff, Rock einfarbig, sehr reiche Fassung **4 95**

Sanzkleider aus kunstseidenem Taft, moderne Fassung, neueste Lichtfarben **10 75**

Morgentröfle aus gemusterten Warestoffen, mit einfarbiger Blende, weit geschnitten **3 95**



Damen-Kleid reine Wolle, hübsch verarbeitet **12 75**
Flottes Kleid reinwollener Popeline, mit Gruppenplisseo **9 75**



Jumper (Fig. 1) Vollwolle, reich m. Spitze, u. Sämschen garn. **5 50**
Pullover gem. Kunstseide, schöne Farben **3 50**



Fescher Mantel a. schottland-artig, Stoff gut verarb., neueste Farben **13 50**
Mod. Mantel schwarz, Kunstseide mit einfarb. Kragen u. Seitenfalten **24 50**

Herren-Artikel

Nachthemden guter Wäschestoff, m. farb. Besatz **3 90**
Oberhemden weiss, Pikee, Faltenreiss, Unschlagmanschette **6 50**
Oberhemden beige Tricoline, 2 Krag., Umschl.-Manschet. **8 90**
Herren-Hüte moderne Farben, neue Formen .. **7 50**

Weisswaren

Ripskragen runde Form, für Kleider **45** Pt.
Kleiderkragen Rips/Kunstseide, in mod. Farben **95** Pt.
Strassenschal Kunstseide, ombre und gemustert **1 10**
Kleiderweste aus Opal, Spitzen- u. Bandgarnitur **1 45**

Selbstbinder gute Qualität, viele Muster **95** Pt.

Spachtelweste Schlupforn, moderne Muster .. **1 10**

Kinder-Kleidung

Kinder-Kleider entwed. Jumperform, Blase sar. Hockchen einfarb., schöne Muster, Gr. 50 **4 75**
Windjacke für Kinder, aus imprägniertem Stoff, Sportform für ca. 8 Jahre **6 50**
Knaben-Anzug aus haltb. Stoff, gedeckte Muster Grösse 1-6 **5 90**
 Jede weitere Grösse 35 Pf. mehr

KLEIDERSTOFFE

Zephir für Sport-hemden, einfarbig und gestreift, Meter **55** Pt.
Musseline imit. schöne Druckmstr., Meter **68** Pt.
Vollvoile ca. 110 cm breit, grosse Ausmusterung Meter **88** Pt.
Popeline mit kunstseidenen Streifen, Meter **1 25**
Kostümfstoff ca. 140cm brt., haltbare Qualit., Mit. **1 95**
Damassé für Mantel- und Jackenmutter, Meter **1 95**
Wollserge doppelt-breit, neue Frühjahrsfarben Meter **2 95**
Marocain façonné, doppeltbreit, Meter **2 95**
Mantelseide (Kunstseide) schwarz, ca. 100cm breit, façonnirt Meter **4 50**
Shetland ca. 140 cm breit, der mod. Mantel- u. Kostümfstoff, Mtr. **4 90**

Crêpe marocain viele Muster Meter **52** Pt.
Pulloverstoffe neuartige Dessins Meter **95** Pt.

DAMEN-WÄSCHE

Untertaillen Jumperform **95** Pt.
Damen-Hemden gut. Wäschestoff, Stickereigarn. **1 25**
Beinkleider geschlossen, mit Stickerei **1 65**
Damen-Hemden mit hoher Achsel **1 95**
Hemdosen Windelform, mit Stickerei und Klöppelspitze **1 95**
Prinzessröcke Trägerform **2 25**
Nachthemden feinfid. Wäschestoff, Stickereigarnierung **2 95**
Büstenhalter Kunstseide **1 15**



Kleiderrock aus reiner, Cheviot, in Marineblau **2 95**
Pullover gemant. Kunstseide, m. fescher Krawatte **5 50**
Sportkostüm moderner Noppenstoff, Jacke ganz aus Futter **15 50**

Büstenhalter aus gutem Wäschestoff .. **65** Pt.
Strumpfhalter-Gürtel in 4 auswechselbaren Hältern .. **95** Pt.

Flotte Kappe Band und Stroß **6 50**

Modenhut aus buntem Borte **4 90**

Frauen-Hüte Stroßband mit Kunstseidenkopt **4 75**
Große Frauen-Hüte Stroß mit Kunstseide, neueste Formen **6 90**

HERMANN TIETZ

Belle-Alliance-Str. Kottbuser Damm

Beiratstagung im Baugewerksbund.

Der Reichstarifvertrag angenommen.

Wie schon früher berichtet, hatte der Beirat des Baugewerksbundes am 15. März in Berlin beschloffen, überall in Deutschland Bezirkskonferenzen am 20. März abzuhalten, diese Konferenzen ihr Urteil über den Reichstarifvertrag fällen zu lassen und dann am 23. März endgültig durch eine erneute Beiratstagung über Annahme oder Ablehnung des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe zu entscheiden. Diese Konferenz hat nunmehr in Hamburg stattgefunden.

Der Berichterstatter Bernhard teilte mit, daß die Konferenzen rund 2000 Teilnehmer aufzuweisen hatten, wovon sich rund

neun Zehntel für Annahme des Vertrages

erklärten. Deshalb dürfte sich die heutige Konferenz des Beirats gleichfalls für die Annahme des Vertrages entscheiden können. Die Gegnerschaft auf den Konferenzen bestand nicht etwa aus prinzipiellen Ablehnern des Vertrages, es waren nur einzelne Vertragsbestimmungen, die sie zur Ablehnung des Vertrages veranlaßt haben. In der Hauptsache war es die ihnen zu hoch erscheinende Lohnspanne zwischen Facharbeitern und Hilfsarbeitern, die ihrer Meinung nach ungenügend geregelte Lehrlingsfrage, die Bestimmungen über Funderungsarbeiten und die Afford-Klausel, die sie zu ihrem ablehnenden Standpunkt veranlaßten.

In der Aussprache berichteten die Bezirksvorsitzenden im einzelnen über die Ergebnisse der Konferenzen. Interessant war, zu erfahren, daß sich auch

die Kommunisten für Annahme des Vertrages

gewesen waren. So wurde aus dem Bezirk Baden berichtet, daß die vorher durch die kommunistische Presse scharf gemachten Kommunisten nach Vorlegung des Vertrages und dessen Erläuterung annehmbar überrascht waren; in diesem Bezirk wurde der Vertrag einstimmig angenommen. Auch im Bezirk Thüringen haben die Kommunisten einstimmig für die Annahme des Vertrages votiert. Auch im Bezirk Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig stellten sich die Kommunisten dem Tarifvertrag sachlich gegenüber, nur hatten sie die „Eile“, mit der der Vertrag unter Dach und Fach gebracht werden soll, zu bemängeln. Das ist eine treffliche Illustration zu der Einstellung der kommunistischen Presse zum Reichstarifvertrag. Diese Presse schrieb von „Schandvertrag“, von einem „elenden Kompromiß“, von einem „schamlosen Kuhhandel“, und „brandmarkte“ in bekannter Weise die Führer der Bauarbeiter als „Arbeiterverräter“. Die Antwort haben in diesem Falle die Kommunisten selbst erteilt.

Einstimmig beschloß die Konferenz, den Bundesvorstand zum Abschluß des Reichstarifvertrages zu ermächtigen. Mit der gleichen Einmütigkeit wurde zum Ausdruck gebracht, daß nunmehr, da im Reichstarifvertrag eine geregelte Arbeitszeit nicht abgeschlossen ist, überall in den Bezirken bei den bezirkslichen Verhandlungen

am Achtstundentag festgehalten werden muß.

Der Baugewerksbund hat bisher keinem Vertrage, der über diese Arbeitszeit hinausgeht, seine Zustimmung gegeben. Daran ist auch in der Zukunft festzuhalten. Die Bauarbeiter sollen zeigen, daß sie nach wie vor Pioniere des Achtstundentages sind, von ihrer Ueberzeugungskraft und von ihrem Tatwillen ist es

nunmehr abhängig, daß ihnen der Achtstundentag unter keinen Umständen irgendwo entzogen wird.

Zu bemerken wäre, daß der Zimmererverband am 28. März entschieden wird. Der Verband der Maschinisten und Heizer sowie der christliche Bauarbeiterverband dürften dem Vertrag bereits ihre Zustimmung gegeben haben. Ueber die Entscheidung der am Reichstarifvertrag beteiligten Unternehmerverbände liegt derzeit Nachricht noch nicht vor.

Da die Bahnabkommen im Lande nur bis zum 31. März verlängert sind und die neuen Verhandlungen erst nach dieser Zeit zum Abschluß gebracht werden können, ermächtigte der Beirat des Baugewerksbundes seinen Vorstand, über die Frage der Verlängerung des alten Lohnes über den 31. März hinaus eine Vereinbarung herbeizuführen.

Tarifverhandlungen bei der Reichspost.

Rückkehr zum Achtstundentag.

Am 30. März beginnen im Reichspostministerium die Verhandlungen über die Neuregelung der gekündigten Teile des Tarifvertrages vom 31. März 1924 und den Lohnstarif vom 1. Juli 1926. Diese Verhandlungen sind für die Arbeiter der Reichspost deshalb von besonderer Bedeutung, weil es sich dabei nicht nur um eine schon wegen der eingetretenen Teuerung unbedingt notwendige Erhöhung der Löhne handelt, sondern vor allem um eine Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 48 Stunden wöchentlich.

Die Forderung der Allgemeinen deutschen Postgewerkschaft geht dahin, die Löhne auf die verkürzte Arbeitszeit umzurechnen und auf die umgerechneten Löhne eine angemessene Zulage zu zahlen. Es wird weiter eine angemessene Erhöhung der Entschädigung der bei auswärtigen Arbeiten beschäftigten Arbeiter gefordert, sowie einige andere Verbesserungen der geldlichen Lohnbestimmungen des Tarifvertrages.

Die Allgemeine deutsche Postgewerkschaft hat ihre Forderungen den Vertretern des Reichspostministeriums in einer unverbindlichen Aussprache am 4. März unterbreitet, in der die Prüfung der Forderungen zugesagt wurde. Die Organisation hält die von ihr aufgestellte Forderung, insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne für durchführbar. Sie ist sich aber auch darüber klar, daß die Durchsetzung ihrer Forderung auch von den Reichspostarbeitern abhängt und daß es dringend notwendig ist, daß auch der letzte unorganisierte Arbeiter den Weg zur Gewerkschaft findet.

Jahresversammlung der Konfektionschneider.

Die im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Schneider, Zuschneider und Zuschneiderinnen der Konfektionsbranche hatten am Dienstag in den Reibitzbergen ihre Jahresversammlung.

Der Branchenleiter Genosse Alde ging in seinem Geschäftsbericht zunächst auf die Beschäftigungsmöglichkeiten des Vorjahres ein, die im ersten Halbjahr nicht sehr glänzend, im letzten Halbjahr infolge der Winteraufträge dagegen ganz gut waren. Der Stundenlohn betrug im Anfang des Vorjahres für Hemdnäherinnen 50 Pf., für Maschinennäherinnen 57 Pf. und für männliche Arbeiter 77 Pf. Die Unternehmer hatten bereits im November 1925 Anträge auf Verschlechterung des Reichstarifvertrages gestellt und wiederholten bzw. ergänzten diese Anträge auch zu Beginn des Vorjahres. Den Anträgen der Unternehmer, die besonders auf eine Ausdehnung der

Serien hinstielen, standen die der Gewerkschaft gegenüber, in denen eine Verbesserung des Reichstarifvertrages gefordert wurde. Im Mai 1926 hatte der Unternehmerverband eine besondere Kommission eingesetzt, die die Vorschläge zur Abänderung des Reichstarifvertrages auszuarbeiten sollte und die denn auch vom Ausschuss des Unternehmerverbandes gebilligt wurden. Bei den Verhandlungen brachten die Unternehmer zum Ausdruck, daß sie alle Anträge der Gewerkschaften abgelehnt hätten, und daß der Ausschuss beschlossen habe, seine Beschlüsse den Mitgliedern als Anweisung bekanntzugeben, wenn sie von den Gewerkschaften nicht bedingungslos angenommen würden. Trotzdem sich die Organisation und ihre Mitglieder gegen dieses Vorkommnis energisch zur Wehr setzten, wurde durch einen verbindlich erklärten Schiedsspruch des Reichswirtschaftsministeriums der Tarif in einigen Positionen verschlechtert.

Die Reichskonferenz der Herrentonfektionsarbeiter hatte im Dezember beschlossen, nachdem der Tarif zum 30. November gekündigt worden war, eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung und die Regelung der Bezahlung an Spezialmaschinen zu fordern. Ueber diese Forderung wurde dann im Januar verhandelt und schließlich am 30. Januar ein Schiedsspruch gefällt, der das Unrecht vom Vorjahre wenigstens zum Teil wieder ausglich. Die Organisation war jedenfalls im Vorjahre bemüht, sich mit allen Mitteln für die Interessen ihrer Mitglieder einzusetzen. Wenn ihr das nicht immer gelang, so waren dann neben der allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Lage auch die gewerkschaftliche Interessenslosigkeit und die organisatorische Zerplitterung eines großen Teiles der in der Herrentonfektion Beschäftigten schuld.

In der kurzen Diskussion wurde an dem Geschäftsbericht keine Kritik geübt. Genosse Alde forderte dann noch die Mitglieder auf, sich reger für die Agitation zur Verfügung zu stellen und darauf zu halten, daß in allen Betrieben auch Betriebsvertretungen gewählt werden. Die danach vorgenommenen Wahlen ergaben die Wiederwahl des Branchenleiters und des Vertreters zur Ortsverwaltung gegen zwei Stimmen. Durch die Wahlen der Branchenkommission und der Delegierten zur Generaterversammlung treten einige geringe Veränderungen ein.

Wie Kommunisten Inserate sammeln.

Vom Ortsausschuß Berlin des ADGB werden wir um die Veröffentlichung folgender Erklärung ersucht:

„Inseratenakquisiteure der „Welt am Abend“ und der „Arbeiter-Mitteilungen“ behaupten Interessenten gegenüber, vom Ortsausschuß Berlin des ADGB zum Einsammeln von Inseraten beauftragt zu sein. Dazu ist zu erklären, daß der Ortsausschuß niemand beauftragt hat, Inserate einzusammeln, es sich also nur um einen groben Mißbrauch mit dem Namen des Ortsausschusses handeln kann. Nötigenfalls werden wir gegen die betreffenden Personen die entsprechenden Schritte unternehmen.“

Dazu bemerken wir noch, daß auch wir Mitteilungen über die höchst sonderbaren Methoden kommunistischer Inseratenhändler erhalten haben. Durch ganz unverhüllte Drohungen wird versucht, einen Druck auszuüben, wobei die Sammler nicht nur mit einem Befehlsparagrafen in Konflikt geraten. . . . Es handelt sich dabei um Inseratenhändler der „Roten Fahne“.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelböder; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eckert; Feuilleton: Dr. John Schlotzki; Lokales und Sonstiges: Feix Karst; Anzeigen: H. Alde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. 512/21 Beilage.

Volks-Filmbühne

Bergstr. 147 NEUKÖLLN Bergstr. 147

Freitag, den 25. bis Sonntag, den 27. März
u. Freitag, den 1. bis Sonntag, den 3. April

Der neue russische Goskino-Großfilm:

Matrosen-Regiment Nr. 17

Eine Episode aus der russischen Revolution. Darin:

Die Skifahrt ins Glück

Ein Sport- und Naturfilm in 8 Akten.

Spieltage: Freitag, Sonnabend, Sonntag. Beginn der Vorstellungen: Wochentags 7 und 9 Uhr, Sonntags 5, 7 und 9 Uhr.

Einheitspreis auf allen Plätzen 0,80 Mark bis zum Beginn der ersten Vorstellung auf allen Plätzen 0,60 Mark.

Verantwortliche Leitung: Arbeiter-Film-Genossenschaft e. G. m. b. H.



PAUL NEUGEBAUER e. G. m. b. H.

Schlafzimmerliche Gelegenheits- u. Kfm 665-Zahlungs-erleichterung ohne Aufschlag

CHARLOTTENBURG
WILMERSDORFER STR. 128/1
Ecke Schillerstr. + Eingang Schillerstr.



Metall-Bettstellen

Fürst, Neukölln, Hermannstr. 38
Ecke Mahlower Str.

Kinderwagen + Bettfedern
Fabrik für Ruhebetten, Auflegematratten u. Feldbettstellen
Fabrikpreise - Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegenden frei Haus

10 PF. 100 MARK
Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachzahlung gesetzl. gesch. fertigt seit 48 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Schkeuditz-Lelwitz



Für starke Beanspruchung
Für schlechtes Wetter
Für Sport und Wanderungen

nur
Bähr-Stiefel
die Sie jahrelang tragen können

Haferschuhe
Reformschuhe Bähr's Lederöl

H. Bähr, Berlin, Spittelmarkt 7

Mitglieder der SPD. und Reichsbanner 10% Rabatt

Concordia-Palast, Andreasstraße 64

Freitag, d. 25., bis Montag, d. 28. März

Die Mutter.

Humboldt-Theater, Badstraße 19

Ab Freitag, den 25. März 1927:

DIE MUTTER

Der größte russische Revueakt des Gegenwart

Das erste klassische Schauspiel der Gegenwart.

Die gute Bühnenschau.

Ballschmieder-Lichtspiele, Badstr. 16

Ab Freitag, den 25. März 1927

Meine Tante - Deine Tante

Das gute Bühnenprogramm. Die weltläufige Bühnenschau.

Beleuchtungskörper

für Wohnungen in allen Stilarten

Spezialbeleuchtungen

für Verkaufsräume, Schaufenster, Werkstätten

Teilzahlungen können auf Wunsch vereinbart werden

Beleuchtungskörper

G. m. b. H.

Berlin NW 6

Besichtigen Sie unsere Ausstellungsräume Luisenstr. 35

Zur Einsegnung

Jugendweihe-Anzug (Melton) 17.—, 19.—, 24.—, 29.—
Jugendweihe-Anzug (Cheviot) 29.—, 34.—, 39.—, 43.—
Jugendweihe-Anzug (Kammg.) 35.—, 40.—, 45.—, 52.—

Prüfungsanzüge aus gemust. haltbaren Stoffen von Mk. 24.— an
Herren-Anzug aus festem, haltbarem Stoff Mk. 25.—, 31.—, 38.—
Herren-Anzug, Kammgarn, dunkelblau, 1- und 2-reihig, reize Wolle, erstklassige Zutaten, moderne Verarbeitung 59.—, 68.—, 75.—, 85.—
Windjacken sowie Berufskleidung sehr preiswert

Wir gewähren

Zahlungserleichterung!

Unser Prinzip „Vertrauen gegen Vertrauen“ ermöglicht jedem, sich gut und billig zu kleiden.

Gebr. Goldmann
Neukölln, Berliner Straße 35-39
im Neubau



Zur Neueinrichtung, Umzug oder Renovierung

Ihrer Wohnung empfiehlt sich

Dekorateur Alfred Walter

Lager- und Anfertigung von Dekorationen und Gardinen aller Art

Bett-, Tisch- u. Biwanddecken

äußerst billig nur

Neukölln, Seidower Str. 6

II. Etage, kein Laden! Tel. Nkl. 2529

Zu noch nie dagewesenen Preisen

bringen wir

Stores, Gardinen, Bettedecken

Künstler-Gardinen in besten

Qualitäten für 5,90, 7,50, 8,90 M.

Halbstores in allen Webarten

1,75, 4,50, 5,50 M. — M.

Gardinen-Reste Einzel-Stück u.

Einzel-Stück zum halben Preis.

— Einzelverkauf von 9—7 Uhr.

Spezial-Gardinen-Werkstätten

Neukölln, Bergstr. 67

2. Stock, am Ringbahnhof

Kein Laden!

Arbeiter, Angestellte, Beamte

besucht die Veranstaltungen der

„No-Va-Co“

Karlshorst, Deutsches Haus

Treskowallee (am Bahnh.) Jed. Dienstag

Pankow, Konzerthaus

Breitestraße 34 Jeden Mittwoch

Cöpenick, Stadttheater

Friedrichstr. 6 Jeden Freitag u. Sonntag

Tegel, Vereinshaus (Hamuseck)

Hauptstraße 6 Jeden Sonntag

Notstands-Varieté-Kommission

der Intern. Artisten-Loge E. V.

MÖBEL

auf Teilzahlung

unter günstigsten Zahlungsbedingungen!

Schlaf-, Speise- u. Herren-

Zimmer, Nußbaum-, Einzel-

möbel sowie Küchen, weiß

und lackiert, zu enorm

billigen Preisen und

guter Verarbeitung.

Sonder Garantie stromwiderstandsfähiges Material.

Möbelhaus Suchlich

Berlin S., Colbitzener Damm 77

am Hohenstaufenplatz, Stralbe: 27, 28, 31, 41, 48, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Geöffnet von 9—7 Uhr.

Gerhard Kohnen

Das Haus für Volkskleidung und Berufskleidung

NEUKÖLLN

Hermannstraße 76-77